

Halle'sche Neueste Nachrichten Handelsblatt für Mitteldeutschland

Das 'Halle'sche' erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.40 Reichsmark, durch Hausabnahme 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgeld. Einzelhefte 0.25 Reichsmark. Die Jahrgänge werden nach Kolonial-Teilen berechnet, die Seite 0.25 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Die Rheinlandkommission hat die Auflösung des deutsch-französischen Jugendbundes und sämtlicher Jugendvereinigungen, die der deutsch-französischen Freizeitsportbewegung angehörend sind, im beiderseitigen Gebiete beschlossen.

Die dritte wöchentliche Tagung der Deutschen Nationalen Volkspartei, veranstaltet vom Württembergischen Reichsausschuss, wurde am Sonnabend in Berlin durch den Reichstagsabgeordneten Graf v. Westarp freigelegt. In seiner Begrüßungsansprache, die die württembergische nationale Arbeit den Kernpunkt, die Gesamtheit der Parteiverbindungen zu bilden habe.

Der König und die Königin von Italien haben ihre Zustimmung zur Verlobung der Prinzessin Mathilde mit dem Prinzen Philipp von Hessen erteilt.

In den deutsch-französischen Zollverhandlungen ist auch in den beiden letzten Tagen kein Fortschritt zu verzeichnen. Polen bestand auch in der Delegationskonferenz auf der bisherigen polnischen Forderung der Einfuhr von monatlich 500 000 Tonnen oberflächlicher Steinbohlen in Deutschland.

Die Ausperserung in der deutschen Holzindustrie ist Sonnabend abends vorläufig zum Stillstand gebracht. Insgesamt sind rund 100 000 Arbeiter im Lande ausgespart worden. Der Sympathieerklärung der Metallarbeiter Groß-Berlins haben sich auch die Arbeiter der Bergwerksanlagen und der Reichsbetriebe angeschlossen.

Aus New York wird gemeldet, daß in den letzten drei Wochen Kreditanträge von deutschen Banken in Höhe von 20 Millionen Dollar lauten, abgelehnt worden sind, meist man die Lage der deutschen Industrie als sehr ungünstig anseht.

Mit dem General Hsu Shu T'eng, dem Generalsekretär des chinesischen Präsidenten an der Spitze ist gestern abend eine große chinesische Delegation, die aus Politikern, Militärs und Technikern besteht, in Berlin eingetroffen. Die Delegation, die bereits Indien, England und Frankreich besucht hat, wird etwa drei bis vier Wochen in Berlin Aufenthalt nehmen. Sie wird die sozialen, politischen und industriellen Einrichtungen studieren und werden in alle großen Städte des Reiches unternehmen. General Hsu T'eng nahm in dem Gebäude der chinesischen Gesandtschaft Wohnung.

Eine deutsche wissenschaftliche und industrielle Mission, die über 100 hervorragende Mitglieder umfaßt, traf in Veracruz (Mexiko) ein. Der Herr Calles stellte der Mission einen Sonderzug zur Verfügung, der von der merikanischen Regierung veranstaltet wurde durch Mexiko zur Verfügung.

In London fand gestern auf dem Trafalgar Square eine riesige Kundgebung statt, die von dem Generalrat der Gewerkschaften und anderen Arbeiterverbänden geleitet wurde. Es wurde eine Entschlossenheit angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, zur Sicherung der Arbeitsmöglichkeit eine Verordnung einzurichten, die Arbeitslosigkeit schaffen, ferner alle Schritte zur Unterbrechung des internationalen Handels unternehmen, vor allem sofort die Verhandlungen mit der russischen Regierung zur Förderung des Handels mit Russland wieder aufnehmen soll.

Aus London wird gemeldet, es befinden alle Anzeichen dafür, daß in der Bergwerksindustrie rasch eine Krisis herannahe und daß in den kommenden Wochen sehr ernste Ereignisse erwartet werden.

Graf Cesare Farina, der Bruder des früheren italienischen Außenministers, wurde wegen Propaganda gegen die Staatseinrichtungen verhaftet.

Frankreich und Spanien haben ein Abkommen über gemeinsame Flotten der maroccanischen Küste getroffen. Von der Kampffront wird nichts Weiteres zu erwarten sein. Der Vertrag, der am 1. Juli in Paris zwischen den beiden Nationen abgeschlossen wurde, ist ein großer Erfolg.

Die Londoner 'Daily Mail' meldet aus Schanghai, daß die chinesischen Handelsvereinigungen beschlossen hätten, den Boykott gegen britische und japanische Waren noch energischer fortzusetzen.

Die Delegierten von 48 chinesischen Hochschulen landeten eine Abordnung zum Außenminister und zum Kriegsminister, die die Förderung erhob, daß die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien abgebrochen werden sollen. In dem englischen Hafen Hongkong in Südhchina streikten die sämtlichen chinesischen Arbeiter. Wegen des Erstes der Lage sind die englischen Streitkräfte mobilisiert worden.

Um die Noten der Entente. Schwierige Besprechungen in Berlin.

Das Reichskabinett trat am Sonnabend zusammen und fest Montag seine Beratungen über die Sicherheitsnote fort. In der Beratung der Einzelheiten der Vorlage ist auch jetzt das Kabinett noch nicht eingetreten. Über einen wesentlichen Teil der französischen Bedingungen haben das Reichsjustizministerium und das Reichswehrministerium Gutachten abzugeben.

Nachdem am Sonnabend bereits Vertreter der besetzten Gebiete vom Reichsanwalt empfangen worden sind, werden am Dienstag auch Vertreter dieser Gebiete angehört werden. Aus diesen Beratungen kann man entnehmen, daß die Sicherheitsnote und Entwaffnungsnote vom Reichskabinett gemeinsam zur Beratung und Erledigung gebracht werden.

Der meißt zur unterirdischen Kämpfer der Londoner 'Morningpost' in Berlin meldet, die Verhandlungen über die französische Sicherheitsnote würden mindestens drei Monate dauern.

Für die von Frankreich in Aussicht genommenen Schiedsgericht Deutschlands mit Polen und der Tschechoslowakei sei keine Mehrheit im Reichskabinett vorhanden.

Tschitscherin bei Dr. Stresemann.

Der russische Botschafter war in den letzten Tagen mehrfach im Auswärtigen Amt. Auch aus Moskauer Meldungen, die über London kommen, läßt sich der Eindruck gewinnen, daß Sowjetrussland auf die Verhandlungen Deutschlands über land die Sicherheitsnote einen gewissen Einfluß zu gewinnen sucht.

Rege Verhandlungen mit Italien.

Die Turiner 'Stampa' meldet aus Rom: Gerüchte von einer Intervention Italiens in den deutsch-französischen Sicherheitsverhandlungen wollen nicht verfliegen. Eine indirekte Beteiligung wird man in den fast täglichen Besuchen des deutschen Botschafters im Quirinal erwidern. Die tschechische Presse bringt seit Tagen Pariser Telegramme, die eine Räumung der Ruhr am 16. August nur dann als wahrscheinlich erscheinen lassen, wenn Deutschland bis dahin seine Sicherheit nicht gesichert hat.

Rheinische Treue.

Die Landtagsabgeordneten des Rheinlandes in Koblenz, Bonn, Saarbrücken und Münden nahmen unter gewaltiger Beteiligung einen außerordentlich feierlichen und erhebenden Verlauf.

Am dem geliebten Adelung in Saarbrücken nahmen über 100 000 Personen teil. Die ganze Stadt wurde durch Illumination der öffentlichen und privaten Gebäude in ein festliches Festumgewandelt. Der Winterberg, auf dem der Oberbergbau der Schicht von Spieren liegt, ragte in stolzer Beleuchtung als höchstes Wahrzeichen der Treue zum Deutschland weit in die nächtlichen Lände. An zahlreichen Anreden, Redeschüssen und bei der im Jahre 1923 festlichenden Abkündigung über die tschechische Zugehörigkeit des Saarlandes den Franzosen zu zeigen, daß all ihre Schranken und Gewaltmaßnahmen die Saarbevölkerung nur immer fester an die deutsche Heimat fetten.

Der einmütige Wille des ganzen Rheinlandes, in unerschütterlicher Treue zum Reich zu halten, der in diesen Verhandlungen zum Ausdruck kommen, muß auch für das unbesetzte Deutschland ein starker Impuls sein, hinter der äußeren und inneren Not des Vaterlandes alle kleinen Meinungsverschiedenheiten und Parteigenossen zurückzulassen. Nur Einigkeit macht stark, nur als einig Volk können wir einen Ausweg aus der immer drohenden wirtschaftlichen und nationalen Notlage finden.

Gestern fand in Danzig eine große Kundgebung mit dem Motto: 'Dies Land ist deutsch und will deutsch bleiben!' auf dem Hauptplatze statt. Der Vorbemerkung dauerte fast dreierlei Stunden. Die Gewerkschaften hatten eine Feier unter dem gleichen Motto bereits am Sonnabend veranstaltet. Eine kleine Gegenmanifestation der Kommunisten wurde von der Polizei mißgestraft.

Bolschewisten in der ganzen Welt.

Die bolschewistische Regierung hat an die österreichische Regierung eine Note gerichtet, worin auf die Umtriebe der 3. Internationale in Wien hingewiesen und die österreichische Regierung aufgefordert wird, die Tätigkeit der kommunistischen Agenten im Interesse der gutnachbarlichen Beziehungen mit Südlawien nicht weiter zu dulden.

Regierungskrise in Frankreich?

Paris, 19. Juni. Der Zerfall des Einkartells in Frankreich ist eine Tatsache; sie wird auch von den Beteiligten selbst nicht mehr geleugnet. Man versucht zwar, belandem die letzten Stunden, den Bruch harten Verträgen, aber die große Masse der Sozialisten ist doch wohl entschlossen, den Trennungsvertrag zwischen sich und der Regierung zu akzeptieren. Die letzte Abkündigung in der Kammer über die Frage der Währungsreform hat dies deutlich gezeigt. Von den insgesamt 103 Sozialisten haben sich 84 der Stimme enthalten. Was aber noch mehr bezeichnend ist, ist die Tatsache, daß die große Mehrheit der sozialistischen Abgeordneten nicht mehr der sozialistischen Abgeordneten ist. Unter den sechs Parteien der Regierung ist nur die Regierung stimmen, während die übrigen parlamentarischen Gruppen der Partei, aber nur die. Aus der Bewegung ist immer immer stärker geworden, ihnen zu folgen, und die Sozialisten sind gezwungen, ihnen zu folgen. Ganz besonders die Seine-Gruppe der Partei zeichnet sich in dieser Richtung hin aus.

England wartet weiter.

Die Londoner 'Daily Express' setzt in einem Leitartikel ihren Forderung nach dem Post fort. Das Blatt erklärt, daß der Post tatsächlich einseitig ist. Wenn Frankreich der Ansicht ist, daß die Bedingungen eines Diparktes zwischen Frankreich, Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei vorzuziehen sind, würde Großbritannien Frankreich das Recht, die entmilitarisierte Rheinzone zwecks einer Annullation in Deutschland zu übergeben, zu verweigern.

Die Möglichkeit von Unruhen an der untern natürlichen deutsch-polnischen Grenze ist, wie natürlich, nicht zu übersehen. Frankreich hat die Verhandlungen über die französische Sicherheitsnote mit einem Blick zu geben, daß die Interessen der untern natürlichen Grenze nicht zu vernachlässigen sind, wenn man nicht bald die Gelegenheit hat, sich mit Frankreich den Versuch für verfehlt erklären zu lassen, dann wird bald die Gelegenheit da sein, daß Großbritannien einen Finger rühren kann. Sollte aber Deutschland mit dem Warten sich mit Erfolg der Annullation erwehren, dann kann Frankreich seine Armeen hinter der neutralen Zone in Sicherheit bringen und dem deutschen Vormarsch durch die Drohung mit dem deutschen Einmarsch entgegen zu treten, daß ein ernstes Staatsrecht der Außenwelt einen derartigen Vorstoß made.

Die 'New York World' aus Washington meldet, daß Präsident Coolidge keine Möglichkeit sieht, wie die Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit den von Frankreich unterzeichneten tschechischen Vorschlägen einmündigen könnten, Treuhänder für die Sicherheitsänderung zu werden. Präsident Coolidge habe seine Stellung den Fragestellern des Weissen Hauses klargelegt. Er sei der Ansicht, daß Amerika gemeinsam mit den anderen Nationen an der Sicherheit Europas interessiert sei, doch trete er für die Zeit lang keine Politik ein, daß sich die Regierung von Verpflichtungen, wie sie vorgeschlagen worden seien, zurückhalten müsse.

Die von der Pariser Regierung beschlossenen Maßnahmen zur Unterbrechung der kommunistischen Propaganda gegen den Marokkofeldzug haben zur Teilnahme von über 120 Personen in Paris und in der Provinz geführt. Die Nachforschungen werden energisch fortgesetzt. Der Ministerpräsident wird am Dienstag vor der Kammer erklären, daß folgende Parlamentarier der kommunistischen Partei in die Angelegenheit verwickelt sind.

Der Leiter der französischen Sicherheitspolizei hat angefangen der Aushebung der bolschewistischen Propaganda auf Entladen des Außenministeriums und des Innenministeriums die Schaffung einer 'Internationalen Polizeigebiets' entworfen. Dieser Plan sei angenommen worden, und alle europäischen Polizeibehörden, sowie diejenigen Chinas und Japans würden zwecks Durchführung dieses internationalen Polizeigebiets zusammenarbeiten.

Die Londoner 'Morningpost' meldet aus Wien, in Triest und Saloniki kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und den kommunistischen Kämpfern. Die Zahl der Toten und Verletzten ist erheblich. Die kommunistische Agitation hat sich drei Viertel des Bauernlandes Österreichs ergriffen - und in Bulgarien dauern die bolschewistischen Unruhen an.

Die Londoner 'Evening Times' melden: Wie schon vor einigen Tagen in Kanton ist jetzt auch in Peking der Versuch der Ausrufung der Sowjetrepublik unternommen, aber gescheitert. General Fong hat die Regierungsgedäude besetzen lassen, da sich die ganze Regierung unter der Gewalt des Generals befindet. Die Japaner haben in Peking neue Einrichtungen von Gelingen vorgenommen.

Die tschechische Regierung hat, um sich gegen bolschewistische Propaganda zu schützen, die Häfen des Landes für den Sowjetdampfer 'Marxoff Worowsky' gesperrt.

Die tschechische Offizierskategorie Sowjetrusslands hat ihre Lebensfähigkeit angetreten, um welche der russische Militärchef Franke auf einem der Drabnogs teilnimmt.

Regierungskrise in Frankreich?

Paris, 19. Juni. Der Zerfall des Einkartells in Frankreich ist eine Tatsache; sie wird auch von den Beteiligten selbst nicht mehr geleugnet. Man versucht zwar, belandem die letzten Stunden, den Bruch harten Verträgen, aber die große Masse der Sozialisten ist doch wohl entschlossen, den Trennungsvertrag zwischen sich und der Regierung zu akzeptieren. Die letzte Abkündigung in der Kammer über die Frage der Währungsreform hat dies deutlich gezeigt. Von den insgesamt 103 Sozialisten haben sich 84 der Stimme enthalten. Was aber noch mehr bezeichnend ist, ist die Tatsache, daß die große Mehrheit der sozialistischen Abgeordneten nicht mehr der sozialistischen Abgeordneten ist. Unter den sechs Parteien der Regierung ist nur die Regierung stimmen, während die übrigen parlamentarischen Gruppen der Partei, aber nur die. Aus der Bewegung ist immer immer stärker geworden, ihnen zu folgen, und die Sozialisten sind gezwungen, ihnen zu folgen. Ganz besonders die Seine-Gruppe der Partei zeichnet sich in dieser Richtung hin aus.

Das Kartell, das am 11. Mai 1924 geboren wurde und vier Jahre dauern sollte, ist jetzt nach einem Jahre bereits in Gefahr, zu zerfallen zu werden. Von radikalen Sozialisten, die gegen die Regierung, die die Mehrheit der Sozialisten nur für vorübergehend zu erklären und zu behaupten, daß das Kartell als solches nach wie vor bestehen bleibe, aber auch die Haltung der Sozialistenwahlrechtsfrage der Einführung des Verhältniswahlrechts nicht beifallen.

Die Gegenüber hat aufeinander abgefeuert. Von der Einführung dieses Wahlsystems erwarteten die Sozialisten bedeutende Erfolge für sich, während die übrigen Parteien darüber zu verlieren fürchten. Bisher haben sich die Sozialisten in dieser Frage zurückgehalten, sie aber ist sie durch einen sozialistischen Kammerantrag aufgeworfen. Die Sprache der sozialistischen Abgeordneten, die der Gaillard-Partei angehört, ist sehr energiegelant worden, und namentlich die 'Ere Nouvelle', das Blatt Gaillauds, wirft den Sozialisten Eingebredelheit und unbedeutende Feindschaft gegen Gaillard vor. Es ist wahr, daß auch im sozialistischen Lager der letzten Stunde Schwächen gegen einen endgültigen Bruch aufgefallen sind, aber sie werden wohl kaum den Gang der Wechselspiele aufhalten können.

Der äußere Anstoß zur Krise ist die Marokfrage. Besonders das geplante Zusammengehen mit Spanien, dessen Direktorium der linksgerichteten französischen Presse äußerst unangenehm ist und das sie jetzt jeder beifällig hat. Ein Zusammengehen mit ihm wird abgelehnt, und es wird behauptet, daß Spaniens Marokkopolitik eine reine Eroberungspolitik ohne jede internationalen Ziele im Gegensatz zu der französischen gemein sei. Diese Frageung der Marokkofrage bis zur Verneinung der Marokkopolitik, obwohl die Verneinung der Marokkopolitik auch einem Teil der Radikalsozialisten abgeht, im Gegenteil wird ein halb-möglicher Abbruchschluß gefordert, da das Land sieben Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten des großen Krieges seinen großen kolonialen Krieg wolle. Dieser große Gegenstand, der Beratung der neuen Kredite für Marokko wahrscheinlich in der kommenden Woche ausgetragen werden. Im übrigen hat die Haltung Painlevés, der über seine Marokkoreise nur den Kommissionen und nicht dem Parlament Bericht erstattete und die große Masse der Abgeordneten gleichsam zu Politikern zweiter Klasse herabsenkte, Erörterung erregt.

Die Marokkopolitik Painlevés ist aber nicht der eigentliche, der wahre Grund der Krise. In Wirklichkeit heißt es: Wenn die Sozialisten (wenn auch wenig mehrheitlich) irgendein Kompromiß über Marokko möglich wäre, so ist es möglich in der Finanzfrage. Bekanntlich ist Gaillaud ein erbitterter Gegner der Vermögensabgabe und will nichts von einer Verbindung des großen Krieges, die zu einer großen Vermögensabgabe führen würde, obwohl er im Jahre 1923 wissen, daß demnach ein einjähriger Vertrag wird. Hier aber sind die Sozialisten nicht allein, sondern werden von einem Teil der Radikalsozialisten, besonders den Freunden Herriots und Herriots, die letzten beiden haben Gaillaud in zwei verschiedenen Orten gehalten worden haben den Gegenstand innerhalb derselben Partei illustriert. Während Gaillaud in seinem gewöhnlichen trockenen und schmalen 'Zone Montanolo' nach verlangt, die zu einer großen Vermögensabgabe führen würde, so ist er vorzulegen, sprach Herriot davon, daß man sich nicht überlassen sollte, da junge und arme Männer die Leben für das Vaterland hingeben können. In der Zeit hat Gaillaud bisher überhand genommen, alle allgemeine Prinzipien, die er in der Frage des sozialistischen Vermögensabgabe, das in allen Einzelheiten ausgearbeitet ist, entgegengehalten, es handelt sich jetzt überdies um keine politische Zukunft. Mit größerer Eile wird es wohl keinen ein Politiker aufgenommen werden als er. Die Entschädigung ist groß.

